

AUS DEM

maxIMILIANEUM

INFORMATIONEN DER CSU-FRAKTION IM BAYERISCHEN LANDTAG



OKTOBER 2011



Infrastruktur weiterentwickeln – Bayern stärken

KLOSTER BANZ 2011 Rückblick Arbeitstagung • REFORM DER BUNDESWEHR Gastbeitrag von Bundesminister Dr. Thomas de Maizière • VERKEHRSPOLITIK Interview mit Eberhard Rotter, MdL



Gastbeitrag



Maxi im Gespräch



Berichte aus der Fraktion

Inhalt

Grußwort des Fraktionsvorsitzenden Georg Schmid.....3

Gastbeitrag

Gastbeitrag des Bundesministers der Verteidigung
Dr. Thomas de Maizière.....4

Maxi im Gespräch

Interview mit Eberhard Rotter, MdL,
verkehrspolitischer Sprecher der CSU-Landtagsfraktion.....6

Berichte aus der Fraktion

Querschnitt unserer Arbeit
Berichte aus den Arbeitskreisen und -gruppen.....7

Impressionen

Blick hinter die Kulissen15

Landespolitik vor Ort

Berichte aus den Stimmkreisen der Abgeordneten
der CSU-Landtagsfraktion.....16
Impressum.....16

Die CSU-Fraktion ver-
wendet ab sofort

QR-Codes,
die auf Smartphones
ausgelesen werden
können:



Terminhinweis

POLITISCHER CLUB

»FRAUEN GEHÖRT
DAS 21. JAHRHUNDERT –
MIT KOMPETENZ AN DIE SPITZE«

Mittwoch, 7. Dezember 2011
19.00 Uhr
Bayerischer Landtag





Impressionen



Landespolitik vor Ort

Deutliche Prioritäten setzen!

Liebe Leserinnen und Leser,

in den vor uns liegenden Wochen werden wir uns wieder einer der zentralen Aufgaben des Bayerischen Landtags zuwenden: der Haushaltspolitik und der Beratung des Nachtragshaushalts 2012. Was in den Debatten als Auflistung vieler Zahlen und damit sehr technisch daherkommt, ist im Prinzip die Generaldebatte über die grundsätzlichen politischen Richtungsentscheidungen im Freistaat.

Nach der Steuerschätzung Anfang November werden wir verlässliche Aussagen über die Höhe der staatlichen Einnahmen machen können und so belastbare Entscheidungsgrundlagen haben, um für die Zukunft unseres Landes finanziell die Weichen richtig zu stellen. Ich rate dringend dazu, bei den Beratungen nicht nur das Wünschenswerte zu sehen, sondern auch einzukalkulieren, dass in den kommenden Jahren die wirtschaftliche Entwicklung schon wieder schwieriger als in diesem ausgesprochen guten Jahr sein könnte. Gerade die aktuelle Schuldenkrise in Griechenland führt uns überdeutlich vor Augen, wohin es führt, wenn man dauerhaft über seine Verhältnisse lebt. Deshalb bleiben Nachhaltigkeit und ein Haushalt ohne neue Schulden wichtige Markenzeichen unserer Arbeit.

Sollten wir aber in Bayern – wonach es derzeit aussieht – Spielräume haben, werden wir deutliche Prioritäten setzen, um den Freistaat weiter für die Zukunft fit zu machen. Die Schwerpunkte haben wir in den letzten Monaten benannt: Familie, Bildung und Innovation/Investition. Bildung ist in einer Informations- und Wissensgesellschaft elementar. Deshalb werden wir in diesem Bereich ein klares Zeichen setzen.

Wir haben eine Fülle von Forderungen, die alle für sich betrachtet durchaus nachvollziehbar und auch sinnvoll sind. Es ist aber das ewige Los der Regierenden, niemals genug Geld für alle Wünsche zu haben. Opposition kann immer alles und noch mehr versprechen. Wir hingegen werden sorgfältig abwägen und entscheiden. Dabei werden wir auch im Auge behalten müssen, welche Ausgaben zu dauerhaften Belastungen der Staatskasse führen und damit unsere politischen Gestaltungsmöglichkeiten und die unserer Kinder für die Zukunft einschränken. Denn wir wollen, dass Bayern auch künftig lebens- und lebenswert bleibt.

Mit freundlichen Grüßen

Georg Schmid





Verantwortung verpflichtet – auf die Verpflichtung antworten

Am 3. Oktober haben wir im ganzen Land den Tag der deutschen Einheit gefeiert. Vor nun mehr über zwanzig Jahren hat Deutschland auf friedlichem Wege zu seiner nationalen Einheit in einem vereinten Europa gefunden. Die Erinnerungen an die Ereignisse der Jahre 1989 und 1990 wirken heute wie Bilder aus schon längst vergangenen Zeiten. Die Welt hat sich seitdem grundlegend verändert – und mit ihr auch der Platz und die Rolle Deutschlands in der Welt. Deutschland ist nicht nur die stärkste Volkswirtschaft Europas und die drittstärkste Exportnation der Welt. Deutschland hat heute auf vielfältige Weise internationale Verantwortung. Und es ist absehbar, dass die Anfragen der internationalen Staatengemeinschaft nach unserer Unterstützung zunehmen werden. Gefragt sein bedeutet auch: gefordert sein.

Wir stellen uns unserer Verantwortung. Wir nehmen unsere nationalen Interessen wahr. Und zu unseren Interessen gehört auch: gemeinsam mit unseren Partnern für unsere

Sicherheit zu sorgen. Wir treten dafür ein, die Welt gemeinsam mit unseren Partnern zu gestalten. Das verlangt politischen Einsatz. Und es verlangt in bestimmten Situationen auch den Einsatz der Bundeswehr. In dem komplexen und dynamischen sicherheitspolitischen Umfeld von heute müssen auch wir unseren Beitrag leisten, wenn es darum geht, Auswirkungen von Krisen und Konflikten auf Distanz zu halten, ihnen aktiv vorzubeugen oder sie zumindest einzugrenzen. Dafür brauchen wir eine Bundeswehr, die unserer Politik möglichst viele Handlungsoptionen eröffnet. Dafür brauchen wir die Neuausrichtung der Bundeswehr.

Die Neuausrichtung hat ein klares Ziel: Eine Bundeswehr, deren Aufgaben und Fähigkeiten sicherheitspolitisch abgeleitet sind, deren Struktur demografiefest ist und die auf einem soliden finanziellen Fundament steht. Wir wollen zukünftig mehr leisten können als bisher. Unsere konkrete nationale Zielvorgabe ist ambitioniert: Wir wollen rund

10.000 Soldaten durchhaltetfähig für Einsätze zur internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung bereitstellen können. Das erfüllt die sicherheitspolitischen Anforderungen und steht für einen angemessenen deutschen Beitrag im Bündnis.

„Die Neuausrichtung hat begonnen, und sie ist auf einem guten Weg.“

Die Billigung der Grobstrukturen für die zivilen und militärischen Organisationsbereiche der Bundeswehr stellt eine solide Basis für die nun laufende Ausplanung des Stationierungskonzepts dar. Die sich daraus ergebenden Entscheidungen zu den Standorten werden transparent und nachvollziehbar sein. Deshalb folgen sie klaren Kriterien:



Mehr Informationen

zu Dr. Thomas de Maizière

Funktionalität, Kosten, Attraktivität und Präsenz in der Fläche. Ende Oktober werde ich die Entscheidungen der Öffentlichkeit vorstellen. Nicht alle Entscheidungen werden überall auf Beifall stoßen. Doch werden die Diskussionen auch eine Chance schaffen für die überfällige politische Debatte über den Auftrag der Bundeswehr und für eine breite gesellschaftliche Wahrnehmung des Dienstes unserer Soldatinnen und Soldaten. Dieses Bewusstsein weckt das Interesse junger Menschen für den Dienst in den Streitkräften. Es verankert die Bundeswehr noch stärker in unserer Gesellschaft. Ihr Platz ist in unserer Mitte.

Die Konturen einer zukunftsfähigen Bundeswehr nehmen Gestalt an. Der Erfolg der Neuausrichtung entscheidet sich vor Ort – bei den Soldatinnen und Soldaten im Einsatz, an den Standorten der Bundeswehr in der Heimat und bei jedem einzelnen Bundesbürger. Deutschland insgesamt ist gefragt. Unsere Antwort werden wir gemeinsam geben. ■



DR. THOMAS DE MAIZIÈRE
BUNDESMINISTER DER VERTEIDIGUNG

Geboren am 21. Januar 1954 in Bonn;
verheiratet, drei Kinder

- Seit März 2011
Bundesminister der Verteidigung
- 2009–2010
Bundesminister des Innern
- 2005–2009
Chef des Bundeskanzleramtes,
Minister für besondere Aufgaben
- 2004–2005 Innenminister Sachsen
- 2002–2004 Justizminister Sachsen
- 2001–2002 Finanzminister Sachsen
- 1999 Leiter der Sächsischen Staatskanzlei
- 1994–1998 Chef der Staatskanzlei in
Mecklenburg-Vorpommern
- 1990–1994 Kultusstaatssekretär
Mecklenburg-Vorpommern

MEHR INFORMATIONEN
WWW.THOMASDEMAIZIERE.DE ODER
WWW.BMVG.DE

Mobilität für Bayern sichern

Die bayerischen Straßen, Schienen-, Wasser- und Luftverkehrswege sollen ausgebaut werden, um den vielen Pendlern sowie der Wirtschaft weiter gute Verbindungen anbieten zu können. Maxi im Gespräch mit dem verkehrspolitischen Sprecher der Fraktion, Eberhard Rotter, MdL.

Sehr geehrter Herr Rotter, welche Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen für die Weiterentwicklung des Standorts Bayerns wurden in Banz besprochen?

Rotter: Wir wollen die Verkehrspolitik in den kommenden Jahren noch stärker in den Mittelpunkt rücken. Eine leistungsfähige, zeitgerechte Verkehrsinfrastruktur ist unerlässlich für den wirtschaftlichen Fortschritt in allen Landesteilen, für den überregionalen wie internationalen Transport von Gütern, für die vielen Berufspendler und nicht zuletzt für das weiter wachsende Mobilitätsbedürfnis unserer Bürgerinnen und Bürger. Konkret legen wir in der Landespolitik einen besonderen Schwerpunkt auf die Verstärkung der Mittel für den Um- und Ausbau sowie die Erhaltung der Staatsstraßen in Höhe von mindestens 200 Millionen Euro pro Jahr. Nur so können wir das Netz leistungsfähig erhalten und den notwendigen Ausbau in allen Landesteilen voranbringen. Gerade Staatsstraßen erfüllen im ländlichen Raum eine wichtige Funktion der Verkehrserschließung und der Standortqualität. Die Entwicklung des Bahnknotens München mit der zweiten S-Bahn-Stammstrecke, der Flughafenanbindung über den Ostkorridor, den Erdinger Ringschluss mit der



Neufahrner Kurve und der Walpertskirchner Spange sowie den zweigleisigen Ausbau und die Elektrifizierung der Güter- und Personenverkehrsstrecke München–Mühldorf–Freilassing haben wir in Banz mit Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer erörtert. Weitere Bundesfernstraßen und Schienenprojekte, die der Bundesverkehrswegeplan enthält, müssten dringend umgesetzt werden.

Das Nein zu Olympia bedeutet kein Aus für wichtige Verkehrsinvestitionen in Bayern. Zu einer Aufstockung der knappen Finanzmittel wird es nach dem Scheitern der Bewerbung aber leider nicht kommen. Welche Projekte können mit Blick auf die zu erwartenden Bundesmittel umgesetzt werden?

Rotter: Richtig ist, dass mit dem Scheitern der Olympiabewerbung die Möglichkeit für eine Sonderfinanzierung von Verkehrsinvestitionen weggefallen ist. Gleichwohl ist die Staatsregierung zuversichtlich, noch in diesem Jahr eine Finanzierungsvereinbarung für den Bau der zweiten Stammstrecke mit dem Bund abschließen zu können. Auch für den Ausbau von München–Mühldorf–Freilassing drängen wir beim Bund immer wieder auf eine rasche Umsetzung und haben dazu vorgeschlagen, innovative Finanzierungsmodelle wie Public-Private-Partnership zu prüfen. Dies hat Bundesverkehrsminister Ramsauer zeitnah in Aussicht gestellt. Tatsache ist, dass der Verkehrshaushalt des Bundes seit Jahren dramatisch unterfinanziert ist. Obwohl die deutschen Autofahrer jährlich einen Finanzierungsbeitrag von mehr als 50 Milliarden Euro leisten, fließen nur 17 Milliarden Euro in den Verkehrsbereich zurück.

Die CSU-Fraktion befürwortet die Einführung einer Pkw-Maut. Welche Aspekte gilt es aus Ihrer Sicht dabei zu bedenken?

Rotter: Wenn der Bundesverkehrswegeplan nicht zum reinen Wunschkatalog verkommen soll, sind pro Jahr mindestens zwei Milliarden Euro zusätzlich nötig. Wir haben in den kommenden Jahren auch einen hohen Finanzierungsbedarf zum Ausbau von Park- und Rastanlagen für Lastkraftwagen, die Sanierung zahlreicher Brücken und den Anbau dritter Fahrspuren auf besonders belasteten Autobahnabschnitten. Die CSU fordert daher die Einführung einer PKW-Vignette für die Benutzung der Bundesautobahnen, sollte der Bund diese Aufgaben nicht aus regulären Haushaltsmitteln leisten können. Eine solche Gebühr dient der gerechten Anlastung der Wegekosten und auch der Heranziehung ausländischer Verkehrsteilnehmer zur Finanzierung deutscher Verkehrswege. Zwingende Voraussetzung ist allerdings, dass die durch eine PKW-Maut erzielten Einnahmen zweckgebunden für den Verkehrswegeausbau verwendet werden und gleichzeitig sichergestellt ist, dass der Bund nicht im Gegenzug die Mittel des Stammbudgets kürzt. Wir müssen dringend die Finanzierungslücke beim Bundesverkehrswegeausbau schließen und den seit vielen Jahren bestehenden Investitionsstau so schnell wie möglich auflösen. So werden künftig auch ausländische Autofahrer an den bei uns entstehenden Kosten beteiligt. Deutsche Autofahrer, die sich bereits mit ihren Steuern an der Finanzierung des Verkehrsnetzes beteiligen, sollen eine Kompensation erhalten. ■



Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion in Kloster Banz.

Foto: Renate Dodell, MdL

„Infrastruktur weiterentwickeln – Bayern stärken“

Getreu dem Motto der Arbeitstagung „Infrastruktur weiterentwickeln – Bayern stärken“ beschäftigten sich die CSU-Abgeordneten bei ihrer Herbstklausur in Kloster Banz mit der Frage, wie in ganz Bayern – in Stadt und Land gleichermaßen – erfolgreich Zukunft gestaltet werden kann. Weitere Schwerpunktthemen waren die Strukturreform der Bundeswehr sowie die Bildungspolitik. „Wir haben einen Gestaltungsauftrag für dieses Land – und das werden wir diese Woche auch darstellen“, so Fraktionsvorsitzender Georg Schmid während der Vorstandssitzung zu Beginn der Klausur.

Bundeswehr

In der Debatte um die Bundeswehr in Bayern setzten sich die Abgeordneten der CSU-Fraktion für den Erhalt der Standorte in ihren Stimmkreisen ein. Johannes Hintersberger, Vorsitzender des Arbeitskreises Wehrpolitik, betonte: „Die Bundeswehr ist gut für Bayern. Aber Bayern ist auch gut für die Bundeswehr.“ Er forderte dort, wo Standorte geschlossen werden, finanzielle Kompensationen. Georg Schmid pflichtete bei: „Wir brauchen ein Konversionsprogramm. Das kann nicht nur vom Land getragen werden, hier ist besonders der Bund gefordert.“ Diese Forderung hat die Fraktion auch Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière vorgetragen, der der Fraktion die Grundzüge der Bundeswehrreform erläuterte. „Die Bundeswehr ist in der bayerischen Bevölkerung besonders stark verankert“, versicherte Hintersberger.

Mobilität

In der Verkehrspolitik forderte die CSU-Landtagsfraktion den Bund auf, Projekte wie zum Beispiel die Elektrifizierung der Bahnstrecke

München–Lindau bis 2017 oder die Autobahn 94 durch das Isental fertigzustellen. Dafür will die Fraktion auch im eigenen Verantwortungsbereich mehr Geld einsetzen. Statt wie bisher geplant 110 Millionen Euro sollen 2012 mindestens 200 Millionen für Staatsstraßen ausgegeben werden. Dieser Finanzrahmen soll auch in den Folgejahren beibehalten werden.

Bildung

Im Bereich Bildung will die CSU vor allem den Unterrichtsausfall bekämpfen und Ganztagsangebote ausbauen. Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle: „Bedeutende Strukturreformen im Bildungsbereich sind inzwischen erfolgreich abgeschlossen.“ Wichtige Maßnahmen waren beispielsweise die Einführung der Mittelschule mit der Möglichkeit zur Bildung von Schulverbänden, um wohnortnahe Schulstandorte zu erhalten, die Umsetzung des achtjährigen Gymnasiums oder Modellprojekte zur flexiblen Grundschule. Spaenle hob die besondere Bedeutung der Bildung für die Landespolitik insgesamt hervor, denn: „Knapp die Hälfte der bayerischen Bevölkerung hat täglich mit dem Thema Schule zu tun.“ In den nächsten Monaten werde die Qualitätsentwicklung an den Schulen zentrales Thema sein, so der Kultusminister. Arbeitsschwerpunkt sei zudem das Thema Teilhabegerechtigkeit.

Gemeinsam ist Bayern stark

Die strukturelle Entwicklung Bayerns wurde im Positionspapier „Gemeinsam ist Bayern stark!“ thematisiert. Der Leiter der Arbeitsgruppe „Bayern erfolgreich weiterentwickeln“, stv. Fraktionsvorsitzender Alexander König, stellte das Konzept am Dienstag der

Gesamtfraktion vor. Damit wird der Zukunftsdialog „Gemeinsam Bayern bewegen“ der CSU-Fraktion konkretisiert. Mit dem Zukunftsdialog hatte die Fraktion gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Bayerns das zukünftige Bild des Freistaats entwickelt. Die CSU-Fraktion möchte ein starkes Bayern in allen Landesteilen. „Unser Ziel ist es, die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit Bayerns zu erhalten“, so Alexander König. „Wir wollen, dass sich sowohl der ländliche Raum als auch die Ballungsräume in den nächsten Jahren und Jahrzehnten bestmöglich entwickeln.“

Besuch aus Thüringen und Sachsen

In drei Workshops zu den Themen Energie-, Infrastruktur- und Bildungspolitik haben sich die Abgeordneten der CSU-Fraktion mit dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag Steffen Flath, MdL, und weiteren Mitgliedern der sächsischen CDU-Fraktion ausgetauscht. Darüber hinaus fanden Gespräche mit der Ministerpräsidentin des Freistaates Thüringen, Christine Lieberknecht, MdL, statt. ■

FraktionsTV




Die neue Folge
„Kloster Banz 2011“
ab sofort auf:
www.csu-landtag.de

Entschlüsseungen der CSU-Fraktion in Kloster Banz

Mobilität für Bayern sichern

■ Das zentrale Anliegen der Entschlie-ßung „Mobilität für Bayern sichern“ der CSU-Landtagsfraktion ist ein bedarfsgerechter Ausbau der bayerischen Verkehrswege auf Landes- und Bundesebene, um dauerhaft eine leistungsfähige und moderne Verkehrsinfrastruktur bereitstellen zu können. Sie ist eine Grundvoraussetzung für die wirtschaftliche Prosperität des Landes und stärkt Bayern als Produktionsstandort im globalen Wettbewerb. Der Freistaat ist und bleibt aufgrund seiner zentralen Lage in Europa mit das wichtigste Transitland.

Die Menschen und die Wirtschaft in Bayern wollen und brauchen ein hohes Maß an Mobilität. Die Prognosen für die Verkehrsentwicklung im Freistaat zeigen klar nach oben. Im Bereich des Personenverkehrs wird die Verkehrsleistung bis 2025 um voraussichtlich rund 20 Prozent wachsen. Beim Güterverkehr liegen die erwarteten Zuwächse der Transportleistung sogar bei rund 50 Prozent. Die Investitionen in Straßen, Schienen- und Wasserwege sowie Flughäfen müssen mit diesen Trends Schritt halten, damit der Standort Bayern zukunftsfähig und attraktiv bleibt.

Um eine raschere Sanierung von betroffenen Verkehrswegen zu ermöglichen, müssen die Bundesmittel deutlich erhöht werden. Deshalb fordern CSU und CSU-Landtagsfraktion die Einführung einer PKW-Maut. Für die deutschen Autofahrer sind Kompensationen vorgesehen.

Der Natur- und Umweltschutz ist der CSU-Fraktion bei allen Verkehrsprojekten ein wichtiges Anliegen. Auch die berechtigten Sorgen betroffener Anwohner in Bezug auf Umwelt- und Lärmschutz nimmt die Fraktion sehr ernst und sucht im Dialog mit den Bürgern stets bestmögliche Lösungen. ■

Gemeinsam ist Bayern stark

■ Die CSU-Fraktion stellt mit der Entschlie-ßung „Gemeinsam ist Bayern stark!“ die Weichen für Bayerns Entwicklung von morgen. Die CSU-Abgeordneten verständigten sich auf 20 konkrete Schritte aus unterschiedlichen Bereichen der Landespolitik. Ziel der Entschlie-ßung ist, die Stärken der Regionen miteinander zu verbinden.

Die CSU-Abgeordneten wollen in Bayern Ideen, Wissen, Verkehrswege und Gesundheitsleistungen noch schneller, erfolgreicher und einfacher vernetzen. Damit rücken die Regionen näher zusammen und profitieren noch stärker voneinander. Deshalb sollen die Haushaltsmittel für den Bau und Erhalt von Staatsstraßen auch bei jährlich mindestens 200 Mio. Euro verstetigt werden und bestehende Fördermöglichkeiten der LfA künftig auch für den Breitbandausbau verwendet werden können.

Auch die medizinische Versorgung im ländlichen Raum wird durch den Banzer Beschluss gestärkt. Hierzu will die Fraktion ein Förderprogramm für zukünftige Landärzte auflegen. Frühzeitig sollen zudem gezielte, konkrete und innovative medizinische Versorgungskonzepte erarbeitet werden, um den Strukturwandel mitzugestalten. Vermehrt sollen auch Forschungseinrichtungen in ländlichen Gebieten angesiedelt werden.

Für die zukünftige Entwicklung Bayerns ist eine exzellente Bildung besonders wichtig. Die CSU-Fraktion führt keine fruchtlosen Strukturdebatten, sondern setzt sich konkret für bessere Bildung und bessere Rahmenbedingungen in ganz Bayern ein. Mit dem Beschluss, die Ganztagsangebote weiterhin bedarfsgerecht und flächendeckend auszubauen, wollen wir sicherstellen, dass alle Anträge auf Einrichtung einer Ganztagschule weiterhin zeitnah genehmigt werden können. ■

Bayern: starker Partner der Bundeswehr

■ Die Entschlie-ßung „Bayern: starker Partner für Deutschlands Sicherheit – verlässliche Heimat für die Bundeswehr“ beschreibt, wie Bayern als Bundeswehrland weiterentwickelt werden kann.

Die Bundeswehr ist gut für Bayern. Aber Bayern ist auch gut für die Bundeswehr, denn es bietet gerade im Hinblick auf die neue Struktur der Freiwilligenarmee attraktive Standortfaktoren wie gute Arbeitsmarktbedingungen, Zukunftsaussichten und eine hohe Lebensqualität für die Soldaten und ihre Familien. Durch Serviceangebote an die Soldaten und deren Familien bei der Jobsuche sowie durch eine noch bessere Unterstützung der Bundeswehr bei der Personalrekrutierung soll Bayern als Bundeswehrland weiterentwickelt werden. Zudem setzt sich die CSU-Fraktion für den Bestand einer leistungsfähigen und innovativen wehrtechnischen Industrie in Bayern ein und will hier Planungssicherheit bieten. Dazu wollen die Abgeordneten eine clusterübergreifende Zusammenarbeit, z. B. durch wehrtechnische Verbundprojekte, stärken, nicht zuletzt um durch das technische Know-how im eigenen Land langfristig unabhängig zu bleiben. Deshalb müssen Forschungs- und Entwicklungspotenziale nachhaltig gestärkt und Schlüsseltechnologien in der Produktion weiter ausgebaut werden. Dabei sollen sowohl zivil-militärische Kooperationen genutzt als auch größere Rüstungsprojekte gemeinsam mit europäischen Partnern entwickelt werden.

Für die CSU-Abgeordneten steht fest, dass Sicherheit zwar einerseits nicht allein nach Kassenlage entschieden werden darf, die Bundeswehr jedoch andererseits kosteneffizient arbeiten muss. Die bisherige Struktur des Verteidigungshaushaltes sollte daher grundsätzlich geprüft werden. Eine gute finanzielle Ausstattung der Bundeswehr auf Bundesebene ist für die CSU-Fraktion unabdingbar. ■

Impressionen



Diskussion über die Bundeswehrreform: Ministerpräsident Seehofer und Fraktionsvorsitzender Schmid begrüßten Dr. Thomas de Mazière, Bundesminister der Verteidigung, MdB, in Kloster Banz.



CSU in Berlin und München arbeiten Hand in Hand: Die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Gerda Hasselfeldt, MdB, zu Besuch bei den Abgeordneten der CSU-Landtagsfraktion.



Pressekonferenz mit dem Fraktionsvorsitzenden Georg Schmid und der Ministerpräsidentin des Freistaats Thüringen, Christine Lieberknecht.



Markenzeichen ausgeglichener Haushalte: Finanzminister Georg Fahrenschon sprach vor der Fraktion über die solide und nachhaltige Finanzpolitik Bayerns sowie Investitionen in Familie, Bildung und Innovation.



Ministerpräsident Seehofer und Fraktionschef Schmid gratulierten in Banz dem neugewählten Landrat des Landkreises Lichtenfels, Christian Meißner. Dieser vertritt seit 1998 den Stimmkreis Kronach-Lichtenfels im Landtag. Beide dankten Meißner für seine engagierte Mitarbeit in der CSU-Landtagsfraktion, die noch bis Dezember dauert.



Austausch zweier erfolgreicher Regierungsfaktionen: Abgeordnete der CSU und CDU-Kollegen aus dem Sächsischen Landtag setzten sich in verschiedenen Workshops intensiv mit der Energie-, Bildungs- und Infrastrukturpolitik auseinander.



Infrastruktur stärken: Verkehrsminister Dr. Peter Ramsauer, MdB, mit Fraktionsvorsitzendem Georg Schmid in Kloster Banz.

FRAKTION INTERN

■ Die CSU-Fraktion trauert:

- **Willi Lucke** ist am 9. Juli im Alter von 98 Jahren verstorben. Willi Lucke gehörte dem Bayerischen Landtag von 1966 bis 1974 an und vertrat den Wahlkreis Oberbayern.
- **Otto Lerchenmüller** ist am 11. August im Alter von 68 Jahren verstorben. Er vertrat den Stimmkreis München-Schwabing und gehörte dem Bayerischen Landtag von 1990 bis 1994 an.
- **Josef Feneberg** ist am 12. Oktober 2011 im Alter von 88 Jahren verstorben. Er gehörte dem Bayerischen Landtag von 1970 bis 1994 an und vertrat den Wahlkreis Schwaben.
- **Franz Sackmann** ist am 14. Oktober 2011 im Alter von 90 Jahren verstorben. Er war Gründungsmitglied der CSU, gehörte dem Bayerischen Landtag von 1954 bis 1978 an und vertrat den Wahlkreis Schwandorf.

■ Die CSU-Fraktion gratuliert herzlich:

- **Franz Pschierer** zum 55. Geburtstag am 1. Juli. Der Finanzstaatssekretär vertritt im Bayerischen Landtag die Interessen des Stimmkreises Kaufbeuren.
- **Walter Nadler** zum 65. Geburtstag am 17. Juli. Der Abgeordnete setzt sich seit 1994 für seine Heimat Bayreuth im Bayerischen Landtag ein.
- **Erwin Huber**, Staatsminister a. D., zum 65. Geburtstag am 26. Juli. Er ist Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie. Der Abgeordnete vertritt den Stimmkreis Dingolfing.
- **Andreas Lorenz** zum 40. Geburtstag am 1. August. Der Abgeordnete vertritt den Stimmkreis München-Giesing im Bayerischen Landtag. Er ist u. a. Mitglied im Bezirksausschuss Sendling.
- **Dr. Thomas Zimmermann** zum 65. Geburtstag am 9. September. Der gesundheitspolitische Sprecher der CSU-Fraktion vertritt den Stimmkreis München-Bogenhausen im Bayerischen Landtag.
- **Robert Kiesel** zum 60. Geburtstag am 11. September. Seit 1990 vertritt Robert Kiesel den Stimmkreis Bad Kissingen im Bayerischen Landtag.
- **Joachim Herrmann** zum 55. Geburtstag am 21. September. Er vertritt den Stimmkreis Erlangen-Stadt und ist seit 2007 Bayerischer Staatsminister des Innern.
- **Emilia Müller** zum 60. Geburtstag am 28. September. Seit 2008 ist sie die Bayerische Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bezirksvorsitzende der CSU Oberpfalz.
- **Dr. Edmund Stoiber** zum 70. Geburtstag am 28. September. Er war 34 Jahre Mitglied der Landtagsfraktion (1974–2008), davon stand er 14 Jahre lang (1993–2007) als Ministerpräsident an der Spitze des Freistaats. ■



Arbeitskreis Soziales, Familie und Arbeit

Projekt Atem-Reich



„Das Kinderhaus Atem-Reich demonstriert eindringlich, dass auch Kinder mit schwersten Einschränkungen ein menschenwürdiges Leben führen können“, so Joachim Unterländer, Vorsitzender des Arbeitskreises, anlässlich eines Besuchs im Kinderhaus AtemReich. Auf Grund ihrer künstlichen Beatmung benötigen die Kinder eine 24-stündige Betreuung, die ansonsten nur auf einer klinischen Intensivstation geleistet werden könnte. Intensivschwestern, Heilpädagogen und Therapeuten helfen den Kleinen täglich, sichtbare Fortschritte zu machen und ein Stück Alltag zu erleben. Auch wenn das Projekt erst seit 2009 besteht, darf es bereits jetzt als Erfolgsgeschichte bezeichnet werden, was nicht zuletzt der ständig steigende Bedarf an Plätzen zeigt. Allerdings gestaltet sich die Finanzierung nach wie vor schwierig, da verschiedene Kostenträger nebeneinander zuständig sind. „Hier besteht dringender Handlungsbedarf. AtemReich braucht eine solide und verlässliche finanzielle Zukunft. Wir werden daher eine klare gesetzliche Regelung anstoßen“, so Unterländer abschließend. ■

Arbeitskreis Staatshaushalt und Finanzfragen

Europäische Schuldscheine lösen keine Probleme



Derzeit erleben wir hautnah, wie schnelllebig konjunkturelle Entwicklungen zwischenzeitlich geworden sind. Zu Beginn der Legislaturperiode hatte unser Land noch mit der schwersten wirtschaftlichen Rezession seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland zu kämpfen. Diese hatten wir Ende 2010 endgültig überwunden, die wirtschaftliche Entwicklung unserer Volkswirtschaft nahm deutlich an Fahrt auf. Mit den gegenwärtigen Problemen mehrerer EU-Länder, allen voran Griechenland, aber auch den USA scheint sich der Aufschwung bereits wieder zu verlangsamen. Wir erleben derzeit erhebliche Umbrüche in Europa, gerade auch im Bereich unserer gemeinsamen Währung. Das Jahr 2011 markiert einen Wendepunkt in Europa: Im Ergebnis geht es darum, ob sich die EU zukünftig durch Wachstum, Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit auszeichnet, oder von Schulden, Stillstand und dem Charakter einer Transferunion geprägt werden soll. Nach unserer Überzeugung führt kein Weg daran vorbei, dass die Mitgliedstaaten ihre Staatsfinanzen wieder in Ordnung bringen. Die Krisenstaaten in Europa

müssen ihre vernachlässigte Wettbewerbsfähigkeit wiederherstellen, damit sie mittelfristig ihre Schulden auch selbständig tragen können. Um das Vertrauen in den Euro dauerhaft zu sichern, brauchen wir auch eine neue Stabilitätskultur. Was wir nicht wollen, ist ein schleichender Übergang in eine Transferunion mit gemeinschaftlichen Schulden auf europäischer Ebene. Deshalb lehnen wir den Vorschlag, gemeinsame Anleihen aller Eurostaaten einzuführen, ab. Wenn alle Staaten für alle Schulden haften würden, gäbe es zum einen für den einzelnen Mitgliedstaat keinen nachhaltigen Anreiz mehr zur Haushaltsdisziplin. Die jüngsten Sparbemühungen in Ländern wie Griechenland würden damit zunichte gemacht. Zum anderen würde die Ausgabe gemeinsamer EU-Anleihen im Ergebnis bedeuten, dass sich die Zinssätze immer mehr angleichen und Deutschland als bonitätsstarkes Land viel höhere Zinsen bezahlen müsste als heute. Ohne fest verankerte Stabilitätsmechanismen kann es keine Lastenteilung geben, wie sie Eurobonds darstellen würden. Stabilität und Leistungsfähigkeit in allen EU-Ländern sind Voraussetzungen, um unterschiedliche europäische Kulturen erfolgreich und dauerhaft zu einen. ■

Neue Energiekommission

Energiewende vorantreiben

Am 29. September trafen sich die neun Mitglieder der Energiekommission des Bayerischen Landtags, darunter die CSU-Abgeordneten Tobias Reiß, Markus Blume, Albert Füracker und Christa Stewens, zur konstituierenden Sitzung. Der Landtag hatte am 13. Juli beschlossen, mit einem eigenen Gremium den Umstieg auf erneuerbare Energien im Freistaat voranzutreiben.

Die Kommission hat den Auftrag, die Energiewende inhaltlich-konzeptionell zu begleiten, für den Umbau der Energieversorgung bei den Menschen in Bayern zu werben und sie über die Konsequenzen zu informieren. Das Gremium will die Stimme des Volkes sein und den Willensbildungsprozess nicht nur im Parlament, sondern auch in der Gesellschaft mitgestalten. Als Zeichen der Transparenz sind deshalb alle Termine öffentlich. „Unsere Mission ist, einen nennenswerten Beitrag dazu leisten, dass wir in Bayern in zehn, 15 Jahren über die effizienteste und nachhaltigste Ver-

sorgung mit erneuerbaren Energien bundesweit verfügen“, so Tobias Reiß, der einstimmig zum Vorsitzenden der Kommission gewählt wurde. Vor allem der Ausbau der regenerativen Energien, neue Speichertechniken sowie Innovationen für leistungsfähige und intelligente Stromnetze wer-



den im Fokus der politischen Arbeit der Kommission stehen. Schon im nächsten Sommer, also Mitte 2012, soll ein Zwischenbericht vorgelegt werden. „Der CSU-Fraktion ist besonders wichtig, dass alle Regionen Bayerns vom Ausbau der erneuerbaren Energien profitieren. Gerade für den ländlichen

Raum kann die Energiewende zu einem kraftvollen Konjunkturprogramm werden“, so Reiß weiter. Die Ausgestaltung des Energieumbaus eröffne Bayern große Chancen. Es gebe weltweit einen immensen Bedarf an kostengünstiger und nachhaltiger Energieversorgung. Das werde einer der großen Märkte der Zukunft sein. „Bayern hat als High-Tech-Land im Bereich regenerative Energien enorme Potenziale. Schon heute ist der Freistaat bei diesen Technologien an der Weltspitze. Wenn es uns gelingt, diese Prozesse und Produkte weiter zu entwickeln, kann der Freistaat, der bisher rund 60 Prozent seiner Stromversorgung über die Kernkraft gespeist hat, zu einer Modellregion für die Energieversorgung von morgen werden“, so der Vorsitzende abschließend. Das dichte Netz von Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft – Stichwort Know-how-Transfer – mit exzellenter Spitzenforschung sowie einem mutigen Unternehmertum sei hierbei ein entscheidender Wettbewerbsvorteil für Bayern. ■

70. Geburtstag von Edmund Stoiber

Herzlichen Glückwunsch!

Die Fraktion gab zu Ehren Edmund Stoibers einen Empfang im Maximilianeum.



Georg Schmid überreichte Dr. Edmund Stoiber einen iMac zum Geburtstag.

Mit 200 Gästen feierte die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag den 70. Geburtstag des ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber. Fraktionsvorsitzender Georg Schmid und Ministerpräsident Horst Seehofer dankten dem „Vater des modernen Bayern“ für seinen unermüdelichen Einsatz für den Freistaat. „Edmund Stoiber hat den Grundstein für ein bayerisches Jobwunder gelegt. Bayern mit seinen Industrie- und High-Tech-Standorten, mit seinem florierenden Mittelstand, aber auch mit seinen Traditionen und seiner Heimatverbundenheit ist für Menschen in ganz Deutschland ein Vorbild. Bayern und die CSU profitieren bis heute von der Arbeit Stoibers“, so Schmid zu Beginn des Empfangs.



Blick in den Senatssaal des Bayerischen Landtags mit den rund 200 feiernden Gästen.

Stoiber war 34 Jahre Mitglied der CSU-Fraktion, davon stand er 14 Jahre lang (1993–2007) als Ministerpräsident an der Spitze des Freistaats. Stoiber blickte auf seine Zeit als Abgeordneter, Minister und Ministerpräsident zurück und betonte: „Wir haben mit voller Kraft und großer Leidenschaft am Erfolgsmodell Bayern gearbeitet.“ Er sei vielen in der Fraktion zu größtem Dank verpflichtet. Stoiber nannte sich den „leidenschaftlichsten Fan“ der CSU. Er ging auch auf schwierige Zeiten ein, betonte aber abschließend mit Blick auf seinen Mentor Franz Josef Strauß: „Ich schaue dankbar rückwärts. Ich schaue mutig vorwärts. Und ich schaue gläubig aufwärts.“ ■

Arbeitsgruppe Vertriebenenpolitik

Brückenfunktion stärken

Eine siebenköpfige Delegation der Arbeitsgruppe Vertriebenenpolitik unter der Leitung ihrer Vorsitzenden Christa Matschl war für zwei Tage im rumänischen Hermannstadt zu Gast, um sich über die aktuelle Lage der Siebenbürger Sachsen zu informieren. Der Vorsitzende des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien und Oberbürgermeister von Hermannstadt, Klaus Johannis, empfing die Delegation, welcher neben Ministerpräsident a. D. Dr. Günther Beckstein auch Dr. Bernd Fabritius, Bundesvorsitzender des Verbands der Siebenbürger Sachsen, angehörte. Die Abgeordneten erhielten vor Ort einen tiefen Einblick in die Kultur und Geschichte der Siebenbürger Sachsen. In freundschaftlicher Atmosphäre diskutierten die Delegationsmitglieder mit OB Johannis die Themen Deutsche Minderheit in Rumänien, die Ausreisewelle der Siebenbürger Sachsen nach 1989, die Problematik der Rückkehrer und die Sicherung des Schulunterrichts in deutscher Sprache. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe interessierten sich auch für die

wirtschaftliche Entwicklung Hermannstadts, die kommunalen Finanzen, die Auswirkungen des Kulturhauptstadt-Jahres auf den Tourismus und die künftige Entwicklung der Stadt. In diesem Zusammenhang wurden auch die Themen Verbesserung der Infrastruktur, das Abrufen europäischer Fördermittel und die Aufnahme Rumäniens in den Schengen-Raum angerissen. „Für uns als deutsche Gemeinschaft in Rumänien ist es wichtig, dass wir von Politikern – und speziell von deutschen Politikern – wahrgenommen werden. Das stärkt unsere Brückenfunktion zwischen den beiden Staaten“, erklärte Klaus Johannis. Das überaus vielfältige Besuchsprogramm sah neben einer Burgbesichtigung und einem Gespräch mit Stadtpfarrer Bruno Fröhlich in Schäßburg u. a. auch die Teilnahme am „Mediascher Heimattreffen“ vor. Abgerundet wurde die Reise durch Gespräche mit Helge Fleischer, Unterstaatssekretär im Departement für interethnische Beziehungen und mit Vertretern der deutschen Minderheit aus Kultur und Wirtschaft. ■



Arbeitsgruppe Frauen

Zu Besuch im Polizeipräsidium



Annemarie Biechl, Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer, Renate Dodell, Sylvia Stierstorfer und Petra Dettenhöfer im Gespräch mit Polizeipräsident Prof. Dr. Schmidbauer. (v. l.)

„Das Polizeipräsidium München ist mit 827 weiblichen Polizeivollzugsbeamten von insgesamt 2788 in der zweiten Qualifikationsebene gut aufgestellt“, so die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Frauen, Brendel-Fischer, nach einem Gespräch der Arbeitsgruppe mit dem Münchner Polizeipräsidenten Prof. Dr. Wilhelm Schmidbauer. „Die Zahlen zeigen, dass traditionelle Männerseilschaften in immer mehr Bereichen überwunden werden können.“ Nach einem Rundgang im Präsidium bekamen die Mitglieder der Arbeitsgruppe von Präsident Schmidbauer einen umfassenden Einblick in die Organisationsstrukturen des Präsidioms. Die Polizeidienststelle biete Frauen vielfältige Arbeitsmöglichkeiten in interessanten Sektionen. „Wir haben nur wenige Bereiche, beispielsweise die Mordkommission, in denen Frauen noch unterrepräsentiert sind. Dies ist vor allem der wach-

senden Mobilität und der Präsenzkultur unserer Gesellschaft geschuldet“, so der Polizeipräsident. Der Schichtdienst hingegen eigne sich hervorragend für Frauen und solle mit Hilfe einer „Großtagespflege“ noch weiter gefördert werden. Dieses fortschrittliche Pilotprojekt ermögliche eine dienststellennahe Kinderbetreuung und eröffne Frauen dadurch mehr Spielraum bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Nach Ansicht der CSU-Politikerinnen Angelika Schorer, stv. Vorsitzende des Arbeitskreises für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit, und Sylvia Stierstorfer, Vorsitzende des Arbeitskreises für Eingaben und Beschwerden, dürfe das gute Image der Polizistinnen und Polizisten nicht durch rot-grüne Profilierungspolitik beschädigt werden. „Die Forderung nach einer ‚Kennzeichnung von Polizeibeamten‘, die das Tragen von Namensschildern bei geschlossenen Einheiten

vorsieht, spielt mit der Sicherheit unserer bayerischen Beamten und darf diese nicht dem Internet-Mob zum Fraß vorwerfen“, so Angelika Schorer. „Wir müssen verhindern, dass soziale Medien wie twitter dazu missbraucht werden, verleumdende Nachrichten in Sekundenschnelle ins Netz zu stellen, oder gar Gesichtskontrollen unserer Einsatzkräfte zu fordern“, beklagt Prof. Dr. Schmidbauer. „Wir haben gerade in den letzten Jahren mehrfach bewiesen, dass wir Beamte, die sich im Einzelfall unverhältnismäßig verhalten oder sich gar strafbar gemacht haben, auch ohne Kennzeichnung identifizieren und diesbezügliche Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zur rechtlichen Prüfung vorlegen konnten.“ Die AG-Frauen sieht das ebenfalls skeptisch, „denn hier geht es um die Privatsphäre der Beamtinnen und Beamten“, bilanzierte Brendel-Fischer. ■

Austausch mit der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag

Mobilität in Deutschland verbessern

Eine leistungsfähige Infrastruktur muss gepflegt, erhalten und bedarfsgerecht ausgebaut werden. Hier braucht es in den kommenden Jahren weitere Investitionen. Das betonten die Vorstände der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag bei einer gemeinsamen Sitzung im Maximilianeum in München. Wenn Deutschland auch in Zukunft ein Produktionsstandort mit wachsender Wirtschaftskraft bleiben wolle, seien eine gute Infrastruktur und die dadurch sichergestellte Mobilität wesentliche Grundvoraussetzungen. „Wir brauchen die Investitionen für den wirtschaftlichen Fortschritt in allen Landesteilen, für den überregionalen wie internationalen Transport von Gütern, für die vielen Berufspendler und nicht zuletzt für die zunehmenden Freizeitaktivitäten unserer Bürger“, so Georg Schmid, der Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion.

Stefan Müller, der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, ergänzte: „Die CSU-Landesgruppe nimmt die bayerischen Interessen sehr ernst. Wir setzen uns gemeinsam mit dem Verkehrsminister dafür ein, dass



im Bundeshaushalt den Verkehrsinvestitionen mehr Gewicht beigemessen wird.“ Die Progn-

sen für die Verkehrsentwicklung im Freistaat würden klar nach oben zeigen. Im Bereich des Personenverkehrs wachse die Verkehrsleistung bis 2025 um voraussichtlich rund 20 Prozent. Beim Güterverkehr lägen die erwarteten Zuwächse der Transportleistung sogar bei rund 50 Prozent, wie bei dem Treffen festgestellt wurde. Schmid: „Die Investitionen in Straßen, Schienen- und Wasserwege sowie Flughäfen müssen mit diesen Trends Schritt halten, damit der Standort Bayern zukunftsfähig und attraktiv bleibt.“ Es besteht die Gefahr, dass selbst zur Finanzierung der in der ersten Dringlichkeitsstufe des Bundesverkehrswegeplans stehenden Projekte bundesweit mehr als zwei Milliarden Euro pro Jahr fehlen könnten. Deshalb müsse diskutiert werden, bei über 300 Milliarden Euro Einnahmen des Bundes zusätzliches Geld für Straßen und Schiene zur Verfügung zu stellen. ■

Arbeitskreis Bildung, Jugend und Sport

Start in das neue Schuljahr 2011/2012



Den 1,75 Millionen Schülerinnen und Schülern wünscht der bildungspolitische Sprecher der CSU-Landtagsfraktion alles Gute und viel Erfolg für das neue Schuljahr.

Auch in diesem Schuljahr konnten die Rahmenbedingungen weiter verbessert werden: Ein Schwerpunkt ist der konsequente Ausbau der Ganztagsangebote. Mit zusätzlichen Mitteln konnten alle genehmigungsfähigen Anträge genehmigt werden und damit die Zahl der gebundenen Ganztagszüge von 785 auf 983 und die Zahl offener Ganztagsgruppen um rund 370 auf 3.500 erhöht werden. Mit 5.525 Gruppen zur Mittagsbetreuung halten nun fast 90 Prozent der Grundschulen in Ba-

gern ein Ganztagsangebot bereit. Auch ist es gelungen, die Klassenstärken weiter zu senken. So beträgt sie an Grundschulen 21,6 und an Hauptschulen 20,1 Schülerinnen und Schüler je Klasse.

Zur Vermeidung von Unterrichtsausfall wird durch den Einsatz von mobilen Reserven und neuen Budgets dafür gesorgt, dass schnell Vertretungskräfte eingesetzt werden können. Es ist das Ziel, dass hierfür künftig noch mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Abschließend stellt Georg Eisenreich fest: „Die Bildungspolitik ist die Wirtschafts- und Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts – sie ist und bleibt deshalb ein Investitionsschwerpunkt der Landespolitik.“ Georg Eisenreich dankt allen, die zum guten Gelingen des Schulanfangs beigetragen haben. ■

Arbeitsgruppe Tourismus

Austausch in Mitteldeutschland



Die Delegation mit Hellmut Seemann, Präsident der Klassik Stiftung Weimar, vor Goethes Wohnhaus.

„Blühende Landschaften in den neuen Bundesländern schlagen sich positiv auf die Tourismusentwicklung nieder“, so der tourismuspolitische Sprecher Klaus Stöttner, MdL.

Wie hat sich der Tourismus in den neuen Bundesländern nach mehr als zwei Jahrzehnten Wiedervereinigung entwickelt? Diese Frage nahm die Arbeitsgruppe „Tourismus“ der CSU-Landtagsfraktion zum Anlass, sich vor Ort darüber zu informieren. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Alexander König aus Bad Steben, der auf Grund seines angrenzenden Stimmkreises die Informationsreise nach Mitteldeutschland angeregt hatte, der tourismuspolitische Sprecher Klaus Stöttner sowie die Abgeordneten Andreas Lorenz, Walter Nadler, Heinrich Rudrof und Martin Schöffel trafen in Thüringen und Sachsen-Anhalt eine Reihe von Gesprächspartnern aus Politik und Tourismus. So stellte der Präsident der Klassik Stiftung Weimar, Hellmut Seemann, den Abgeordneten mit der Einführung des Museums-Tagestickets ein klassisches Marketingkonzept vor. Anhand der Thüringer Landestourismuskonzeption 2015 machte die Geschäftsführerin der Thüringer Tourismus GmbH, Frau Bärbel Grönegres, deutlich, wie Thüringen sein klares Leitbild für den Tourismus nun mit einem Umsetzungskonzept ergänzt. Auf einer Grubenfahrt durch das Erlebnisbergwerk Sondershausen zusammen mit dem Vorsitzenden des Tourismusverbands Kyffhäuser, Landrat Peter Hengstermann, erhielten

die Abgeordneten nicht nur Informationen über die imposanten Abbau- und Fördertechniken, sondern auch über die touristische Nutzung der Kaligrube (Konzertbühne, Museum, Mountainbike-Rennen). Der tourismuspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt Lars-Jörn Zimmer und die Abgeordnete Angela Gorr erklärten während einer Fahrt mit der Harzer Schmalspurbahn auf den Brocken, welche Bedeutung der höchste Berg Norddeutschlands als Wanderziel Nummer eins mit jährlich über einer Million Besuchern für den Tourismus habe. Den Abschluss der Reise bildete der Besuch der Landesausstellung Sachsen-Anhalts „Der Naumburger Meister“. Das enorme Interesse von Kulturreisenden aus dem In- und Ausland habe für eine große Resonanz gesorgt, erfuhren die Abgeordneten. „Eine ganze Menge neuer Eindrücke“ habe die Mitteldeutschlandreise gebracht, stellte König vor der Heimreise fest. Die neu geknüpften Kontakte mit den Tourismus-Vertretern sowie der Austausch mit den Landtagskollegen aus Thüringen und Sachsen-Anhalt, insbesondere mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden des Thüringer Landtags Mike Mohring, sollten auch künftig weiter gepflegt werden. Stöttner lud deshalb gleich zu einem Gegenbesuch nach Bayern ein. ■

Blick hinter die Kulissen



Rund 180 Teilnehmer diskutierten mit dem Bildungsexperten Prof. Dr. Prenzel, Staatsminister für Unterricht und Kultus Dr. Spaenle sowie den Abgeordneten Eisenreich, Sibler, Taubeneder, Wägemann und Heckner (v. r.) beim 2. Bildungskongress der CSU-Fraktion in Landshut zum Thema „Die Länder in der Verantwortung: Qualität, Gerechtigkeit, Vergleichbarkeit!“



Die Abgeordneten des Arbeitskreises Soziales, Familie und Arbeit, Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer und Joachim Unterländer zu Besuch im Kinderhaus AtemReich.



Fraktionsvorsitzender Georg Schmid bei seiner vierten Bürgertour – diesmal in der Oberpfalz (hier beim Georges-Köhler-Centrum für Interventionelle Immunologie der Uni Regensburg).



Veranstaltung zum „Jahr der Freiwilligendienste“ in Hof mit Oliver Jörg, MdL (links), Vorsitzender der Arbeitsgruppe Ehrenamt und dem stv. Fraktionsvorsitzenden Alexander König (Mitte).



Knapp 150 Senioren aus ganz Bayern kamen zum Seniorenparlament in den Bayerischen Landtag, das der seniorenpolitische Sprecher Konrad Kobler organisiert hatte.



CSU-Abgeordnete besuchen das Pumpspeicherkraftwerk La Muela II in Valencia.



Stv. Fraktionsvorsitzende Renate Dödel bei Tag der Fallschirmjäger in Altstadt mit Generalmajor Volker Halbauer (r.) und dem Kommandeur der Luftlande- und Lufttransportschule Oberst Ferdinand Baur (r.). (Foto: LL/LTS)



Zweiter Kultursalon der CSU-Fraktion mit den Gästen (v. l.) Dr. Michael Henker, Ingrid Schrader, Bernd Sibler, MdL, Django Asül, Prof. Andreas Bönnte und Staatsminister a. D. Dr. Thomas Goppel, MdL.

Die Landtagsabgeordneten **Martin Schöffel**, **Gudrun Brendel-Fischer**, sowie der Leiter der Projektgruppe Energiepolitik der CSU-Fraktion, **Tobias Reiß**, besuchten die Produktionsräume der Trade Wind Energy (TWE) in **Gefrees**. Beim Rundgang wurde schnell klar: Hier geht es um ein High-tech-Spitzenprodukt, mit dem TWE-Inhaber Klaus Kolb eine echte Nische entdeckt und gemeinsam mit rund 30 Mitarbeitern in den letzten Jahren eine Spitzenposition auf dem Weltmarkt erarbeitet hat: Warn- und Befeuerungslichter für Schifffahrtsstraßen, Blinklichter für Türme und vor allem auch Tag- und Nachtkennzeichnungen für Windkraftanlagen. Die Beleuchtungstechnik wird nicht nur auf den bis zu 140 Meter hohen Masten der Anlagen eingesetzt, sondern auch auf den Rotorblättern, die bei der neuesten Generation der Windräder einen Durchmesser von bis zu 126 Metern haben. Die CSU-Landtagsabgeordneten zeigten sich zuversichtlich, dass die Energiewende auch bei dem Gefreiser Unternehmen schon bald für Aufwind sorgen wird. Ziel müsse es sein, lokale und regionale Investoren für die Anlagen zu finden, dann bleibe die Wertschöpfung in der Region und die Menschen würden die Anlagen auch eher akzeptieren.



„Wie kann ich Energie sparen?“ Um diese Frage ging es bei der Auftaktveranstaltung einer Veranstaltungsreihe zum Thema Energie, die der CSU-Landtagsabgeordnete **Dr. Otto Hünnerkopf**, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt und Gesundheit im Bayerischen Landtag, in seinem Stimmkreis initiiert hat. Hünnerkopf, der in der Projektgruppe Energiepolitik der CSU-Fraktion am Energiekonzept e-Bavaria mitgearbeitet hat, hatte Fachleute in das Informationszentrum der Firma Knauf in **Iphofen** eingeladen, die den Bürgern Tipps für die Energieeinsparung im Wohnungsbau und bei Altbauten mit auf den Weg gaben. Besonders anschaulich wurde der Bereich „Wärmedämmung“ im Foyer der Firma Knauf dargestellt. Anhand einiger Anschauungsobjekte standen vier Fachleute Rede und Antwort und zeigten interessante Lösungen auf.



„Innerhalb von nur sechs Wochen haben wir die neue Fassade um das ganze Gebäude herumgewickelt.“ So erklärte der Architekt Alexander Müller dem CSU-Fraktionsvorsitzenden die Sanierung der Mittelschule Buchloe. **Georg Schmid** war auf Einladung der Landtagsabgeordneten **Angelika Schorer** ins Allgäu gekommen um sich zunächst in Buchloe über verschiedene Projekte zu Energieeffizienz und Klimaschutz in der Verwaltungsgemeinschaft Buchloe zu informieren. Es ging dann zum Polizeipräsidium nach Kempten weiter, wo sich **Schorer** und **Schmid** gemeinsam mit Staatssekretär **Thomas Kreuzer**, **Eberhard Rotter**, MdL, und dem Kemptener Polizeipräsidenten Hans-Jürgen Memel zu Themen der Inneren Sicherheit austauschten.



Eine Spende in Höhe von 1.500 Euro überbrachte der Landtagsabgeordnete **Markus Blume** jüngst dem Verein FrühStart ins Leben e. V. im Klinikum Großhadern in **München**. Gemäß der Zielsetzung des Vereins, der sich 2005 als Elterninitiative gegründet hat und Frühgeburten, betroffene Eltern und Familien in der Zeit des Krankenhausaufenthalts unterstützt. Eingesammelt hatte der Abgeordnete das Geld im Rahmen der ersten Sommerlounge, die am 14. Juli 2011 im Bayerischen Landtag stattfand. Hier hatten sich auf Einladung der Jungen Gruppe im Maximilianeum über 350 junge Entscheidungsträger und Verantwortliche aus ganz Bayern getroffen. Schirmherrin des Vereins FrühStart ins Leben e. V. ist Karin Fahrenschon, die Ehefrau des Bayerischen Finanzministers Georg Fahrenschon, der an diesem Abend kräftig die Spendentrommel rührte. Im Rahmen der Scheckübergabe besichtigte Blume die Frühchenstation des Klinikums und konnte sich dabei von der wertvollen Arbeit des gemeinnützigen Vereins selbst überzeugen.

